Tageszeitung: Herr Jongen, Philosophen haben in der Politik selten eine gute Figur gemacht. Warum riskieren Sie es?

Marc Jongen: Ich weiß gar nicht, ob das so stimmt. Gianni Vattimo als Europaabgeordneter oder Massimo Cacciari als Bürgermeister von Venedig haben durchaus keine „brutta figura“ gemacht. In Deutschland macht der ehemalige Kulturstaatsminister Julian Nida-Rümelin sogar eine ausgesprochen gute Figur – was zugegebenermaßen auch mit seinem äußeren Erscheinungsbild zusammenhängt.

Damit deute ich schon an, dass ich mir die drei Genannten nicht unbedingt zum Vorbild nehmen möchte. Sie sind zu sehr schon Teil des Systems, dessen Kritik ihr Engagement ursprünglich motiviert haben mag. Ich glaube, der Mehrwert eines Philosophen in der Politik muss in einer gründlicheren und durchdachteren Kritik der Verhältnisse liegen, als sie Berufspolitiker normalerweise leisten.

Hinter Ihrem politischen Engagement kann man die Marx'sche These: „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt darauf an, sie zu verändern“ heraushören. Genügt Ihnen die Arbeit des Denkens nicht mehr oder braucht die Politik philosophischen Beistand?

Ich würde sagen beides. Objektiv gesehen sind in Krisenzeiten verstärkt Leute gefordert, die jenseits der eingefahrenen Bahnen denken und auch vermeintlich Selbstverständliches auf den Prüfstand stellen. Und subjektiv bedeutet dieser Ausflug ins politische Subsystem der Gesellschaft für mich natürlich

Man muss den Mythos endlich aus der Welt schaffen, dass durch die Euro-Rettungspolitik Länder gerettet würden – gerettet werden die Banken!

eine wertvolle Erfahrung, die durch bloßes Nachdenken – selbst bei noch so viel Phantasie – nicht zu ersetzen wäre. Ich darf übrigens korrigieren: „es kommt darauf an...“. Seit Marx und seine totalitären Erben Lenin, Stalin und Mao haben wir eigentlich allen Grund, gegenüber der „Philosophie an der Macht“ skeptisch zu sein. Die Gefahr sind heute allerdings nicht irgendwelche fanatische Idealisten an unkontrollierbaren Machtpositionen, sondern der Mangel an Durchblick der meisten politischen Entscheidungsträger angesichts der Komplexität der Probleme. Insofern können mehr Philosophen – und generell: mehr Wissenschaftler und Intellektuelle – in der Poli-

Herr Jongen, warum sind die Euro-Retter die Totengräber Europas?

*Der in Meran geborene Philosoph **Marc Jongen**, Assistent von Peter Sloterdijk an der Hochschule für Gestaltung Karlsruhe, ist bei den Bundestagswahlen in Deutschland als Kandidat der Euro-kritischen Partei „Alternative für Deutschland“ angetreten und knapp gescheitert. Ein Gespräch über Postdemokratie und die verlogene Politik in Sachen Euro-Rettung.*

tik nicht schaden.

Gab es ein konkretes Ereignis, dass Sie dazu bewogen hat, in die Politik zu gehen und für den Bundestag zu kandidieren?

Es gab eher den berühmten Tropfen, der das Fass zum Überlaufen gebracht hat. Das war die Einrichtung des sogenannten ESM-Schirms zur „Rettung“ von Euro-Krisenstaaten. Damit haben die nationalen Parlamente Europas in einer Reihe von Ermächtigungsgesetzen ihre Finanzhoheit de facto aufgegeben. Mit direkten Folgen für die Vermögen der Bürger, denn im finanzpolitischen Ernstfall hat die ESM-Monsterbehörde praktisch unbegrenzten Zugriff auf die Haushalte der Staaten, mit anderen Worten auf unsere Steuergelder. Nicht nur große Ideen kommen offenbar auf Taubenfüßen daher, wie Nietzsche sagte, sondern auch große politische Umstürze. Die relative Lautlosigkeit dieser ungeheuerlichen Vorgänge, die eigentlich einen Sturm der Entrüstung hätten auslösen müssen, hat mich fast am meisten erschreckt. Stell dir vor es ist Enteignung, und alle nehmen es hin.

Ihre Partei, die „Alternative für Deutschland“, beschreibt die Aushöhlung der Demokratie durch demokratisch nicht legitimierte Institutionen wie Rating-Agenturen, die EU-Bürokratie und den Euro-Rettungsschirm in dramatischen Tönen. Steht es wirklich so dramatisch um die Demokratie?

So fragt man wohl in Italien, wo ei-

nen gar nichts mehr erschüttern kann... Ich meine schon zu beobachten, dass das von dem englischen Politologen Colin Crouch beschriebene Phänomen der „Postdemokratie“ immer mehr um sich greift. Parlamente, Regierungen, Gerichte bestehen formal zwar weiter, die eigentlichen Entscheidungen werden aber zunehmend von anderen Instanzen – wie den von Ihnen aufgezählten – getroffen. Nach Charaktermasken der Postdemokratie muss man auch nicht lange suchen, gerade in Italien nicht. An Berlusconi könnte man geradezu physiognomische Studien des typischen postdemokratischen „Leader“ betreiben, aber auch Mario Monti, hochrangiger Berater von Goldman-Sachs, der niemals vom Volk gewählt wurde, ist letztlich ein Exponent der Postdemokratie.

Sie bezeichnen Europa als Zombie, der an irreparablen Geburtsfehlern krank und nur durch massenhafte Geldverschwendung am Leben erhalten wird. Welche Perspektiven bleiben Europa noch?

Da zitieren Sie mich falsch. Ich habe nicht von Europa gesprochen, sondern von der Eurozone. Das eine muss vom anderen strikt getrennt werden. Beides synonym zu setzen ist ein rhetorischer Trick der herrschenden Politik, mit dem den Leuten weisgemacht werden soll, dass die Euro-Rettung „alternativlos“ ist und kein Milliardenbetrag zu hoch, um den Gläubigerbanken der Krisenländer in den Rachen geworfen zu werden.

Nichts ist so falsch, ja auf perfide Weise verlogen, wie Angela Merkels Spruch: „Scheitert der Euro, dann scheitert Europa“. Das genaue Gegenteil trifft zu: Die sogenannte Euro-Rettungspolitik ist dabei, Europa zu ruinieren, die „Retter“ sind eigentlich die Totengräber Europas, Funktionäre einer Zombie-Ökonomie.

Welches Europa stellen Sie sich vor? Ein Europa mit den alten Schlagbäumen und eigenen Währungen?

Wir Südtiroler sind auf Schlagbäume nicht gut zu sprechen, weil sie für uns sehr lange an der falschen Stelle gestanden haben. Gegen die Wiedereinführung eines Schlagbaums bei Salurn hätten viele unserer Landsleute wohl kaum etwas einzuwenden. Aber im Ernst: an Schlagbäume denkt natürlich niemand. Im Gegenteil, keine Partei tritt konsequenter für den Abbau von Handelsbarrieren ein als die AfD, für meinen Geschmack sogar etwas zu konsequent.

Eine ganz andere Sache sind nationale Währungen, die darf man nicht mit geschlossenen Grenzen assoziieren. Auch als es den Euro noch nicht gab, waren die Grenzen in Europa längst offen. Die Staaten konnten damals aber noch eine eigenständige Währungspolitik betreiben und waren damit flexibler und unabhängiger als heute, wo ihnen dieses wichtige Steuerungsinstrument aus der Hand genommen ist.

Leider kann man über diese Dinge in Südtirol kaum sinnvoll diskutieren, weil die einzige Alternative

Marc Jongen:
Stell dir vor es ist
Enteignung, und alle
nehmen es hin.

Zur Person

Marc Jongen, 1968 in Meran geboren, studierte Philosophie und Volkswirtschaft an der Universität Wien. In den Jahren zwischen 1996 und 1999 war er Kulturredakteur der Neuen Südtiroler Tageszeitung in Bozen und begann daraufhin ein Doktoratsstudium an der Staatlichen Hochschule für Gestaltung Karlsruhe. Von 2001 bis 2003 war Jongen Landesgraduierstipendiat des Landes Baden-Württemberg und verfasste seine Dissertation bei Peter Sloterdijk mit dem Titel „Nichtvergessenheit“. Tradition und Wahrheit im transhistorischen Äon“. Seit 2003 arbeitet er als Wissenschaftlicher Mitarbeiter für Philosophie und Ästhetik sowie als Assistent des Rektors Peter Sloterdijk an der Hochschule für Gestaltung Karlsruhe.

Zur Bundestagswahl 2013 trat er als Direktkandidat der neuen Partei „Alternative für Deutschland im Wahlkreis Karlsruhe-Stadt an. Die Partei scheiterte schließlich mit 4,7 Prozent an der 5-Prozent-Hürde.

Leider kann man über diese Dinge in Südtirol kaum sinnvoll diskutieren, weil die einzige Alternative zum Euro und zur EU-Regulierung hierzulande das Versinken im italienischen Sumpf zu sein scheint.

Foto: Bozena Stasevic

zum Euro und zur EU-Regulierung hierzulande das Versinken im italienischen Sumpf zu sein scheint. Dieses spezifische Südtiroler Dilemma muss man anerkennen und kann es nur als deprimierenden Faktor empfinden.

Nach Charaktermasken der Postdemokratie muss man auch nicht lange suchen, gerade in Italien nicht.

In Italien und den anderen mediterranen Ländern wird die Ablehnung des Rettungsschirms vielfach als deutscher Egoismus gesehen. Hat Deutschland nicht die historische Pflicht zur Solidarität?

Deutschland hat doch alles daran gesetzt, die diversen Rettungsschirme zu errichten! Und warum? Weil nicht zuletzt deutsche Banken und Investmentfonds davon profitieren. Man muss den Mythos endlich aus der Welt schaffen, dass durch die Euro-Rettungspolitik Länder gerettet würden – gerettet werden die Banken! Der Begriff Solidarität könnte nicht schlimmer missbraucht werden als wenn behauptet wird, wir seien mit Griechenland und anderen südlichen Ländern solidarisch, indem wir sie zwangsweise im Eurosystem festhalten vulgo „retten“. Wenn in Athen eine Angela-Merkel-Figur mit Hakenkreuzbinde durch die Straßen getragen wird, dann ist das die Quittung für die atmosphä-

rischen Schäden, die auf diese Weise angerichtet werden.

Die Heinrich Böll-Stiftung bescheinigt der „Alternative für Deutschland“ rechtspopulistische Tendenzen, außerdem soll es personelle Verbindungen zu den „Republikanern“ und der muslimfeindlichen Partei „Die Freiheit“ geben. Trifft der Vorwurf zu?

Die Heinrich-Böll-Stiftung ist die offizielle Parteistiftung der Grünen, deren Bis-vor-kurzem-Parteichefin Claudia Roth noch 1990 unter dem Banner „Nie wieder Deutschland!“ gegen die deutsche Wiedervereinigung demonstriert hat. Soviel zur „wissenschaftlichen Unabhängigkeit“ solcher Aussagen.

Die eigentlichen Populisten sind für mich diejenigen, die den Menschen in der Euro-Frage auf die soeben beschriebene Weise Sand in die Augen streuen und – wie etwa Edmund Stoiber jüngst in einer Talkshow – behaupten, „die Griechen“ bekämen von uns „Hilfe“, wenn sie sich anstrengen. Das leuchtet dem Volk ein und ist doch in mehrfacher Hinsicht gelogen. Angesichts des repressiven Meinungsklimas in Deutschland kann man schon fast die These wagen: Wenn etwas als „rechtspopulistisch“ verteuftelt wird, dann ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass eine interessante Idee dahinter steckt.

Auf Wahlplakaten warb die AfD unter anderem mit dem Spruch: „Wir sind nicht das Weltsozialamt.“ Können Sie sich mit solchen einwanderungsfeindlichen Sprüchen identifizieren?

Aufgrund der noch fehlenden professionellen Strukturen haben einzelne Landesverbände und teils sogar Kreisverbände der AfD im Wahlkampf ihre eigenen Plakate entworfen – neben einigen bundesweit einheitlichen. Der von Ihnen zitierte Spruch hatte keine weite Verbreitung, im Landesvorstand von Baden-Württemberg haben wir ähnliche Vorschläge einhellig als schlechten Stil abgelehnt. Ich selbst hatte übrigens den Spruch „Mut zu Lucke!“ vorgeschlagen, was leider keine Mehrheit fand.

Angesichts des repressiven Meinungsklimas in Deutschland kann man schon fast die These wagen: Wenn etwas als „rechtspopulistisch“ verteuftelt wird, dann ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass eine interessante Idee dahinter steckt.

Mit der AfD-Forderung nach einem „Einwanderungsgesetz nach kanadischem Vorbild“ kann ich mich allerdings weitgehend identifizieren. Das besagt nämlich zweierlei: Erstens, dass Deutschland wie die meisten anderen europäischen Länder wegen der drohenden Schrumpfungsvorgänge Einwanderung braucht und zwar weit mehr als bisher! Und zweitens, dass wir nicht wahllos Menschen aufnehmen können, sondern vor allem solche, die sich in unsere hochentwickelten Volks-

wirtschaften und in unser Wertesystem zu integrieren willens und in der Lage sind. Alles andere wäre nicht nur zu unserem, sondern auch zum Schaden der Migranten, die dann zu einer dauerhaften Existenz am unteren sozialen Rand verurteilt wären.

Was halten Sie von einer Figur wie Beppe Grillo, die derzeit die italienische Politik aufwirbelt?

Beppe Grillo ist ein Krisensymptom, eine Art lebendes Alarmsignal, das sich auch gekonnt als solches inszeniert. Natürlich ist mit dieser Art von Politik kein Staat zu machen, aber man sollte nicht den Fehler begehen, den Überbringer der schlechten Nachricht bzw. den Indikator für untragbare Zustände für diese verantwortlich zu machen. Ich kann mich übrigens noch erinnern, wie Grillo vor einigen Jahren, nach Deutschland gerichtet, in die Kamera geschrien hat: „Tedeschi, salvateci!“ Heute „rettet“ Deutschland den Süden Europas, und wir sehen uns nach Rettern vor diesen „Rettern“ um. **Ihre Partei hat den Einzug in den Bundestag knapp verpasst. Bleiben Sie politisch aktiv oder kehren Sie in die Forschung zurück?**

Ich werde auf dem Landesparteitag der AfD Baden-Württemberg am kommenden Wochenende erneut für den Vorstand kandidieren. Allein schon deshalb, weil ich die in den nächsten Monaten zu führende Programmdiskussion von möglichst leitender Stelle aus mitgestalten möchte. Klar ist aber auch, dass meine primäre Identität die des Philosophen, Intellektuellen, Forschers – wie immer Sie es nennen wollen – bleiben wird.

Interview: Heinrich Schwazer